

BV 3 am 03.02.2014

**8.1.11 Bau einer Kindertagesstätte auf dem Gelände des Schulzentrums Weiden Ostlandstraße unter Einbeziehung eines zusätzlichen Raumes (Antrag der CDU-Fraktion)
AN/0134/2014**

Die Bezirksvertretung fasst folgenden **ergänzten Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Planung der auf dem Gelände des Schulzentrums Weiden vorgesehenen Kindertagesstätte einen zusätzlichen Raum von ca. 100 Quadratmetern für eine Nutzung durch das SeniorenNetzwerk Weiden und als Begegnungsraum der Weidener Anwohner mit den Bewohnern der städtischen Flüchtlingswohnheim Potsdamer Straße 1a und 1b vorzusehen.

Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob auf dem Gelände Wohnraum für studentisches Wohnen geschaffen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Herr Müller, Frau Sturch

Sachstand 07/14:

Der Investor beabsichtigt, das Grundstück noch in diesem Jahr zu veräußern. Die planungs- und baurechtlichen Grundlagen für die Bebauung des Grundstücks mit Kita und studentischem Wohnen sollen durch einen Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) geschaffen werden. Planungsgrundlage hierfür würde der Siegerentwurf eines noch durchzuführenden städtebaulichen Wettbewerbs. Die Festlegung der Rahmenbedingungen (Ausnutzung des Grundstücks, Art der Bebauung, Anzahl der Geschosse, Erschließung u.a.) mit Eigentümer / Investor und dem Stadtplanungsamt ist in Vorbereitung.

Sachstand 2015:

Das ehemalige „Weiden-Bad“ wurde im vergangenen Jahr an einen privaten Investor veräußert. Dieser plant auf der Fläche unter anderem eine Kindergarteneinrichtung mit 6 Gruppen. Zwischenzeitlich wird das Gebäude vom Amt für Wohnungswesen für die nächsten 5 Jahre für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt.

Das Anliegen einen zusätzlichen Raum für eine Nutzung als Begegnungsraum vorzusehen, ist an den Erwerber weiter gegeben worden.

Sachstand Februar/17:

Das Grundstück wurde zwischenzeitlich veräußert.

Nach Ankauf wurde entschieden, hier für die befristete Zeit von 5 Jahren Unterkünfte für Flüchtlinge zu schaffen.

Die Nutzung als Kitastandort wird **daher frühestens 2021 möglich** sein.

Aktueller Sachstand:

Kein neuer Sachstand.

BV 3 am 19.05.2014

**8.1.5 Standorte für weiterführende Schulen im Stadtbezirk Lindenthal
(Gemeinsamer Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen)
AN/0714/2014**

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden **geänderten Beschluss**:

Die Bezirksvertretung Lindenthal schlägt nach intensiver Beratung mit den Bürgergruppen im Kölner Westen folgende Standorte für weiterführende Schulen vor:

- Braunsfeld/Müngersdorf im Rahmenplanungsgebiet
- Widdersdorf
- Lövenich entlang der Kölner Straße

Angesichts der kommenden Anzahl von Schülerinnen und Schülern sind zwei zusätzliche Standorte im Stadtbezirk Lindenthal notwendig.

Bestehende Schulstandorte dürfen nicht gefährdet werden. Deshalb kommen Standorte, die sich in der Nähe bestehender Schulstandorte befinden, nicht in Frage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Sturch

Sachstand 07/14:

Aufgrund der bestehenden Bedarfe an Schülerplätzen in der Sekundarstufe I und II beabsichtigt die Verwaltung neben der Erweiterung bestehender Schulen auch die Errichtung neuer Schulen im Stadtbezirk Lindenthal. Dies setzt die Verfügbarkeit von geeigneten Grundstücken voraus. Da im Stadtbezirk Lindenthal keine entsprechenden Schulreservegrundstücke vorhanden sind, besteht seit März 2014 eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe zur Findung geeigneter Grundstücke im Stadtbezirk Lindenthal. Mit einem Ergebnis ist Ende 2014 zu rechnen. Die Arbeitsgruppe ist bereits mit einer Vielzahl von potentiellen Grundstücksflächen befasst, wobei in vielen Fällen nicht bzw. schwer auszuräumende Hinderungsgründe für eine Realisierung vorliegen. Insofern kann es durchaus dazu kommen, dass die von der Bezirksvertretung Lindenthal genannten 3 Standorte als nicht realisierbar eingestuft werden müssen. Die Verwaltung wird die Bezirksvertretung Lindenthal über das Ergebnis der Arbeitsgruppe unterrichten.

Sachstand 09/17:

Im Stadtbezirk Lindenthal ist die Errichtung drei zusätzlicher weiterführender Schulen vorgesehen.

Am Standort Zusestraße soll ein Neubau für ein Gymnasium mit 3 Zügen in der Sekundarstufe I und 5 Zügen in der Sekundarstufe II errichtet werden. Die Inbetriebnahme des Gebäudes ist für 2020 vorgesehen. Allerdings soll das Gymnasium bereits ab dem Schuljahr 2018/19 an einem Interimsstandort in unmittelbarer Nähe starten und beginnend mit 3 fünften Klassen wachsen.

Eine neue Gesamtschule mit 6 Zügen in der Sekundarstufe I und 5 Zügen in der Sekundarstufe II ist am Standort Wasseramselweg vorgesehen. Auch für die Gesamtschule ist zunächst ein Interim vorgesehen, an dem die Schule ab Schuljahr 2018/19 zunächst mit dem 5. Schuljahr starten kann. Die Fertigstellung des endgültigen Gebäudes ist für 2021 avisiert.

Ergänzend zu diesen beiden weiterführenden Schulen hält die Schulentwicklungsplanung langfristig die Errichtung einer dritten weiterführenden Schule für erforderlich. Derzeit ist die Verwaltung bemüht, hierfür einen geeigneten Standort zu sichern.

Aktueller Sachstand:

Kein neuer Sachstand.

BV 3 am 15.09.2014

**8.1.3 Flüchtlingsunterbringung in Köln-Lövenich
(Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen, der SPD-Fraktion, von Herrn Blümel/FDP und von Herrn
Müller/Die Linke)
AN/1057/2014**

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden **ergänzten Beschluss**:

Die Bezirksvertretung Lindenthal trägt die politische Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland mit, Menschen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kommen, würdig und angemessen unterzubringen und sie auf ihrem Weg zu begleiten. Und wir gestalten einen Ausgleich für die Anwohner/innen.

Aktuell sind zwei Standorte im Stadtbezirk Lindenthal für die Unterbringung im Gespräch.

Für beide Standorte beschließt die Bezirksvertretung Lindenthal:

1. Den Anwohnern steht ein Ansprechpartner in der Verwaltung zur Verfügung. Durch ausreichendes Personal, besonders Sozialarbeiter/innen, wird eine effiziente Betreuung und Begleitung der Wohnenden gewährleistet.
2. Für den Standort **Zusestraße** fordert die Bezirksvertretung Lindenthal eine angemessene Unterbringung in qualitativ hochwertigen mobilen Einheiten.

Die Nutzungszeit wird auf zwei Jahre verbindlich festgeschrieben – danach soll das Grundstück wieder einer Vermarktung als Gewerbefläche zugeführt werden.

3. Für den Standort **Widdersdorfer Landstraße (Sportplatz)** sind folgende Punkte für die Bezirksvertretung Lindenthal wesentlich und sollen durch die Verwaltung garantiert werden:

Sicherung der Nutzung als Sportplatz in Ergänzung zu dem projektierten Gebäude. Falls notwendig wird die Verwaltung im Flächennutzungsplan dies als Sportanlage mit multifunktionalen Kleinspielfeldern erneut festlegen, inklusive der notwendigen baulichen Änderungen.

Es ist zu prüfen, ob die Optik als klassisches Mehrfamiliengebäude besser mit 3 kleineren als 2 großen Gebäudeteilen erreicht werden kann.

Die PKW-Stellplätze sollen nicht hinter dem Haus angeordnet werden.

Die Grundstückstiefe der projektierten Mehrfamilienhäuser soll auf die minimale baurechtliche Tiefe verringert werden.

Ein direkter Zugang zur Sportanlage wird vom Gebäude ermöglicht.

Von der Widdersdorfer Landstraße wird für die Öffentlichkeit ein weiterer Zugang geschaffen.

Der Sportplatz wird in Zusammenarbeit mit dem Förderverein im Zuge dieser Maßnahme verbessert und mit multifunktionalen Kleinspielfeldern ausgestattet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt.

13 Ja-Stimmen (1 CDU, 5 Grüne, 4 SPD, 1 FDP, 1 Die Linke, 1 AfD)

5 Nein-Stimmen (5 CDU)

1 Enthaltung (1 CDU)

Sachstand 09/17:

Zusestr./ Ottostr.

Alle genannten Punkt aus dem beigefügten Schreiben sind in der Planung beachtet und mit der Fertigstellung des Gebäudes auch umgesetzt worden.

Widdersdorfer Landstraße

Da bereits in der Vorplanung erkannt wurde, dass es zu erheblichen Mehrkosten bei dem Bauvorhaben Widderdorfer Landstr. kommt, wird das Projekt derzeit nachrangig bearbeitet. Es hat sich herausgestellt, dass der Untergrund im Bereich Baufläche nicht tragfähig ist, somit prüft die Fachdienststelle zurzeit die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens.

Aktueller Sachstand(12/19):

Der Unterbringungsstandort für Geflüchtete an der Zusestraße/Ottostraße in Köln-Lövenich wurde zum 26.06.2019 leergezogen. Sämtliche Mobile Einheiten zur Unterbringung (Container) wurden im Anschluss von der Fa. Amtra abgeholt und der Standort aufgegeben. Das Grundstück an der Zusestraße wurde 2019 vom Amt für Wohnungswesen an das Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster zurückgegeben. Auf dem Grundstück soll das Gymnasium an der Zusestraße bis 2022 errichtet werden. Sowohl die angemessene Unterbringung der Geflüchteten als auch ihre sozialarbeiterische Betreuung war an diesem Standort stets gewährleistet.

Die Planung eines Unterbringungsstandorts für Geflüchtete auf dem Sportplatz an der Widdersdorfer Landstraße in Köln-Lövenich wurde mit Ratsbeschluss vom 05.07.2018 (Vorlage 1536/2018) aufgegeben. Eine Bestandsgefährdung des Sportplatzes liegt damit nicht vor.

Der Beschluss 1057/2014 in der Bezirksvertretung Lindenthal ist damit erledigt.

BV 3 am 03.11.2014

**8.1.14 Essbare Stadt – Aufwertung öffentlicher Flächen durch Nutzpflanzen
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
AN/1371/2014**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung beauftragt die Verwaltung zu ermitteln, welche Grünflächen durch essbare Nutzpflanzen aufgewertet werden können und wie die Umsetzung dieser Maßnahme gestaltet werden kann. Bei Neupflanzung in allen öffentlichen Grünanlagen und Grünflächen im Stadtbezirk Lindenthal, an Schulen, Sportplätzen und öffentlichen Gebäuden soll zukünftig essbaren Pflanzen bzw. Pflanzen mit essbaren Früchten der Vorzug gegeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt.

16 Ja-Stimmen (6 CDU, 5 Grüne, 4 SPD, 1 Die Linke)

1 Nein-Stimme (FDP)

2 Enthaltungen (1 CDU, 1 AfD)

Aktueller Sachstand (12/19):

Die Verwaltung hat im April 2016 den politischen Gremien (auch Bezirksvertretung Lindenthal) ein gesamtstädtisches Konzept „Essbare Stadt“ vorgelegt. Der Ausschuss Umwelt und Grün hat die Verwaltung daraufhin beauftragt, das Konzept gemeinsam mit dem Ernährungsrat Köln weiterzuentwickeln. Dieser Prozess ist abgeschlossen. Das erweiterte Konzept befindet sich zurzeit in der politischen Beratung. Die von der Bezirksvertretung Lindenthal geforderten Aspekte sind in dem Konzept beinhaltet. Der Antrag ist somit umgesetzt.